ECONSTOR
Make Your Publications Visible.

A Service of

ZBW Leibniz-Informationszentrum Wirtschaft
Leibniz Information Centre for Economics

Nunnenkamp, Peter

Book Part — Accepted Manuscript (Postprint)

Die Wachstumsschwäche arabischer Länder: wo liegen die Gründe?

Provided in Cooperation with:
Kiel Institute for the World Economy – Leibniz Center for Research on Global Economic Challenges

Suggested Citation: Nunnenkamp, Peter (2005) : Die Wachstumsschwäche arabischer Länder: wo liegen die Gründe?, In: Freytag, Andreas Donges, Juergen B. (Ed.): Weltwirtschaftlicher Strukturwandel, nationale Wirtschaftspolitik und politische Rationalität: Festschrift für Juergen B. Donges zum 65. Geburtstag, ISBN 3-87427-090-4, Kölner Univ.-Verl., Köln, pp. 252-268

This Version is available at:
https://hdl.handle.net/10419/3786

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

WWW.ECONSTOR.EU

Mitglied der Leibniz-Gemeinschaft

Peter Nunnenkamp

Die Wachstumsschwäche arabischer Länder: Wo liegen die Gründe?

Inhaltsübersicht:

I. Enttäuschende wirtschaftliche Performance
II. Die Rolle exogener Faktoren
III. Unzureichende Reformbereitschaft?
IV. Institutionelle Defizite
V. Schlussfolgerungen

I. Enttäuschende wirtschaftliche Performance

Sehr wenigen arabischen Ländern ist es seit den frühen neunziger Jahren gelungen, die Einkommenslücke zu den fortgeschrittenen Industrieländern zu schmälern. Jüngere Studien verweisen auf ein enttäuschend schwaches Wirtschaftswachstum in der arabischen Welt und zeigen, dass die Entwicklung des Pro-Kopf Einkommens zumeist sogar hinter jener in Entwicklungs- und Schwellenländern anderer Regionen zurückgeblieben [1]. Von den 15 arabischen Ländern, für die sich die Veränderung des Pro-Kopf Einkommens in Kaufkraftparität zwischen 1992 und 2002 auf der Basis von Weltbankangaben berechnen lässt, sind elf gegenüber den Vereinigten Staaten weiter zurückgefallen (Tabelle 1).

Dies gilt insbesondere für wichtige arabische Ölländer wie Saudi Arabien und Algerien. Gleichwohl läst sich die wirtschaftliche Performance der arabischen Welt kaum verallgemeinern (*Nunnenkamp* 2004). Das Pro-Kopf Einkommen des an Ressourcen armen Jordanien hat sich ganz ähnlich entwickelt wie jenes des ölreichen Oman. Bahrain steht besser da als die meisten anderen Ölländer. Ägypten ist deutlich schneller gewachsen als Syrien, obwohl beide Länder mit etwa 10 Prozent des Pro-Kopf Einkommens der Vereinigten Staaten in 1992 ein vergleichbar geringes Ausgangseinkommen aufwiesen. Benachbarte Staaten wie Algerien und Tunesien oder der Libanon und Syrien haben sich unterschiedlich entwickelt. Während Tunesien zu den wenigen arabischen Ländern gehört, die im Zeitraum 1992–2002 schneller gewachsen sind als die Vereinigten Staaten, hat sich die Einkommenslücke im Fall Algeriens stark ausgeweitet.

Es gilt also nicht nur das wirtschaftliche Zurückfallen der arabischen Welt als Ganzes zu erklären, sondern zugleich die divergierende Entwicklung innerhalb dieser Ländergruppe. Besondere Aufmerksamkeit verdient dabei die verbreitete Auffassung, dass die arabischen Länder selbst für eine vergleichsweise schlechte wirtschaftliche Entwicklung verantwortlich seien. Häufig wird in diesem Zusammenhang auf wirtschaftspolitische Sünden verwiesen, die sich in einer überbordenden und interventionistischen Bürokratie, einer unzureichenden Einbindung in den Welthandel sowie einer fehlenden Attraktivität für ausländische Direktinvestitionen äußern (z.B. *Abed* 2003). Zuvor ist aber zu diskutieren, in welchem Maß Faktoren für das enttäuschend schwache Wachstum des Pro-Kopf Einkommens verantwortlich gemacht werden können, die außerhalb des Einflussbereichs der arabischen Regierungen liegen (Abschnitt II). Angesichts der in Abschnitt III gewonnenen Erkenntnis, dass wirtschaftspolitische Reformen nach dem

[1] Vgl z. B. *World Bank* (2003), *Abed* (2003) sowie *Hoekman* und *Messerlin* (2002).

Muster des so genannten Washington die Wachstumsunterschiede nur partiell erklären, ist es zudem erforderlich, nach tiefer liegenden Entwicklungsengpässen im Bereich der institutionellen Rahmenbedingungen zu suchen (Abschnitt IV). Diese Analyse führt zu dem Schluss, dass insbesondere die Ölländer der arabischen Welt vor Herausforderungen stehen, die über traditionelle Stabilisierungs- und Strukturanpassungsprogramme weit hinausgehen (Abschnitt V).

Tabelle 1 — Wirtschaftliches Aufholen und Zurückfallen: 15 arabische Länder im Vergleich zu den Vereinigten Staaten, 2002 gegenüber 1992

	PKE[a]		PKE[a]
Sudan	1,10	Marokko	0,93
Tunesien	1,07	Syrien	0,93
Ägypten	1,05	Oman	0,90
Jemen	1,05	Jordanien	0,88
		Algerien	0,86
Mauretanien	0,99	Ver. Arab. Em.	0,80
Libanon	0,99	Kuwait	0,80
Bahrain	0,93	Saudi Arabien	0,74

[a]Relative Veränderung des Pro-Kopf Einkommens in Kaufkraftparität (PKE); berechnet wie folgt: $\frac{PKE2002^{i}}{PKE2002^{US}} : \frac{PKE1992^{i}}{PKE1992^{US}};$

ein Wert unter 1 (über 1) bedeutet demnach, dass Land *i* gegenüber den Vereinigten Staaten wirtschaftlich zurückgefallen ist (aufgeholt hat).

Quelle: *World Bank* (2004).

II. Die Rolle exogener Faktoren

Für einzelne arabische Länder lässt sich kaum leugnen, dass die Einkommensentwicklung maßgeblich durch Faktoren geprägt worden ist, die von den nationalen wirtschaftspolitischen Akteuren kaum zu beeinflussen waren. Die Spitzenposition des Sudan in Tabelle 1 dürfte von Erdölfunden begünstigt worden sein. Auf der anderen Seite hat Jordanien unter dem Wirtschaftsembargo gegenüber dem benachbarten Irak gelitten. Im Länderquerschnitt tragen exogene Faktoren jedoch kaum zur Erklärung der Wachstumsunterschiede bei. Dies zeigt sich, wenn man die geografische Ferne von wichtigen Märkten, die internationalen Austauschverhältnisse (*terms of trade*) sowie die wirtschaftspolitische Konditionalität internationaler Finanzinstitutionen als mögliche Wachstumshemmnisse untersucht.

[2] Vgl hierzu ausführlich *Williamson* (1990).

Die Hypothese, dass die Entfernung von den weltwirtschaftlichen Wirtschaftszentren ein Wachstumshemmnis für die Peripherie darstellt, wird von Entwicklungsökonomen seit langem vertreten (z.B. *Fujita et al.* 1999). Die Wachstumsschwäche der arabischen Welt sowie die unterschiedliche Performance innerhalb dieser Gruppe sind diesem Faktor aber nicht anzulasten. Die meisten arabischen Länder sind von der EU, Japan und den Vereinigten Staaten weniger abgelegen als die Entwicklungs- und Schwellenländer anderer Regionen. Wenn man die in Tabelle 1 angegebene Einkommensentwicklung mit der (durchschnittlichen) Entfernung der arabischen Länder von den drei Wirtschaftszentren korreliert, kommt man zu einem völlig insignifikanten Ergebnis. Dies ist nicht zuletzt darauf zurückzuführen, dass die am weitesten entfernten Länder, der Sudan und der Jemen, vergleichsweise schnell gewachsen sind. Die relativ günstige Lage mag den wirtschaftlichen Aufholprozess Tunesiens befördert haben, aber der gleiche Vorteil hat sich für das benachbarte Algerien nicht ausgezahlt.

Ebenso wenig bieten *terms of trade*-Schocks eine überzeugende Erklärung. Zwar erwiesen sich die *terms of trade* für die gesamte Gruppe arabischer Länder aufgrund von Ölpreisschwankungen als überdurchschnittlich volatil, was ein höheres Wirtschaftswachstum erschwert haben mag (*Sala-i- Martin* und *Subramanian* 2003). Für die innerhalb der OPEC einflussreichen arabischen Förderländer wie Saudi Arabien ist die Ölpreisentwicklung jedoch nicht als exogener Faktor zu bezeichnen. Zudem haben die meisten arabischen Länder seit den frühen neunziger Jahren von deutlich verbesserten *terms of trade* . Unter den wenigen Ausnahmen befinden sich Ägypten und Tunesien, die trotz verschlechterter *terms of trade* ein relativ hohes Einkommenswachstum erzielten. Deshalb ist es kaum mehr überraschend, dass die *terms of trade* nicht in signifikanter Weise mit der Entwicklung des Pro-Kopf Einkommens der arabischen Länder korreliert sind.

Angesichts der verbreiteten Kritik an den wirtschaftspolitischen Bedingungen der Kreditvergabe des Internationalen Währungsfond (IWF) und der Weltbank verwundert es nicht, dass man auch in der arabischen Welt geneigt ist, der aufgezwungenen Konditionalität nach dem Muster des Washington Konsens die Verantwortung für die enttäuschende wirtschaftliche Entwicklung anzulasten. Selbst wenn wirtschaftspolitische Stabilisierungs- und Liberalisierungsauflagen häufig weniger wirksam waren als von den internationalen Finanzinstitutionen erhofft, oder sich manchmal sogar als kontraproduktiv , lässt sich die Verantwortung nicht auf diese Weise abschieben. Wie im nächsten Abschnitt zu zeigen sein wird, haben die arabischen Staaten den Washington Konsens nur teilweise befolgt. IWF und Weltbank kommen als Schuldige aber auch deshalb kaum in Frage, weil ihr Einfluss in der arabischen Welt vergleichsweise schwach geblieben ist. Nur wenige Länder dieser Region haben auf umfangreiche Kredithilfen der internationalen Finanzinstitutionen zurückgegriffen und mussten sich deshalb einer strikten Konditionalität . Drei der fünf Länder, die gemäß Tabelle 1 am stärksten zurückgefallen sind, haben gar keine Kredite des IWF und der Weltbank in Anspruch genommen. Dagegen waren alle Staaten, die wirtschaftlich aufgeholt haben, Klienten der internationalen Finanzinstitutionen. Dies spricht dafür, die Hauptverantwortung für die Wachstumsunterschiede in den Ländern selbst zu suchen.

---

[3] Der Vergleich beruht auf Weltbankangaben (*World Bank* 2004) für die Jahre 1992 und 2000.
[4] Vgl hierzu die Kritik von *Easterly* (2001) und *Stiglitz* (2002).
[5] Zu Einzelheiten vgl. *Nunnenkamp* (2004).

III. Unzureichende Reformbereitschaft?

Die internationalen Finanzinstitutionen begegnen der verbreiteten Kritik an den wirtschaftspolitischen Bedingungen ihrer Kreditvergabe, indem sie darauf verweisen, dass der Washington Konsens von den meisten Entwicklungs- und Schwellenländern allenfalls teilweise umgesetzt worden ist und seine Wirksamkeit deswegen nur schwer einzuschätzen ist. Auch den arabischen Ländern wird häufig eine unzureichende Reformbereitschaft attestiert (*World Bank* 2003; *Abed* 2003*).* Die Frage, ob und in welchem Maß der Washington Konsens in der arabischen Welt befolgt worden ist, wird im Folgenden anhand einiger politikabhängiger Variablen überprüft, die wesentliche Elemente dieses Konzepts widerspiegeln. Die Entwicklung der Inflationsrate und des Anteils des Staatskonsums am Bruttoinlandsprodukt (BIP) werden als Indikatoren makroökonomischer Stabilisierungsbemühungen betrachtet. Die Akkumulation von Sach- und Humankapital wird an der Investitionsquote und der Anzahl der durchschnittlich absolvierten Schuljahre abgelesen. Die Anteile von Importen sowie Exporten am BIP werden herangezogen, um die Weltmarktorientierung der arabischen Staaten einzuschätzen. Die Öffnung gegenüber ausländischen Investoren wird am Zustrom und am Bestand von Direktinvestitionen festgemacht (jeweils auf das BIP der Gastländer bezogen).

Tabelle 2 zeigt die Veränderung dieser Variablen seit den achtziger Jahren und bietet überdies einen Vergleich zwischen der Gruppe der arabischen Staaten mit den Entwicklungs- und Schwellenländern anderer Regionen. Die Evidenz rechtfertigt durchaus die Klage der internationalen Finanzinstitutionen über Implementierungsdefizite; dennoch sind Reformanstrengungen der arabischen Staaten nicht zu verkennen:

- Im Vergleich zu anderen Entwicklungsländern zeichnete sich die arabische Welt schon in den frühen achtziger Jahren durch eine geringere Inflationsrate aus. Gleichwohl wurden an diesem Indikator gemessen zusätzliche Stabilisierungsanstrengungen unternommen. Hingegen bestätigt sich in dem vergleichsweise hohen Anteil des Staatskonsums und dem weiteren Anstieg dieser Quote die Einschätzung von *Hoekman* und *Messerlin* (2002), dass der Staat in vielen arabischen Ländern immer noch eine interventionistische Rolle spielt.
- Ein diffuses Bild ergibt sich auch im Bereich der Akkumulation von Sach- und Humankapital. Die Investitionsquote ist stark zurückgegangen. Die gleichzeitig verlängerte Dauer der Schulbildung verdeckt, dass die Qualität des Bildungssystems in einigen arabischen Staaten als schlecht eingestuft wird (*Eken et al.* 2003).
- Im Bereich der Außenhandelspolitik wird vielen arabischen Ländern zugute gehalten, dass tarifäre und quantitative Importbarrieren abgebaut worden sind (*Hoekman* und *Zarrouk* 2000)[6]. Im Unterschied zu den anderen Entwicklungs- und Schwellenländern ist der Anteil von Importen und Exporten am BIP der arabischen Staaten jedoch nicht gestiegen. Die Weltbank führt es auf komplizierte Einfuhrprozeduren, andere bürokratische Erschwernisse und schlecht entwickelte Transport- und Kommunikationssysteme zurück, dass die außenhandelsrelevanten Kosten hoch geblieben sind und die Einbindung vieler arabischer Staaten in den Welthandel nicht vorangekommen ist (*World Bank* 2003).

[6] *Abed* (2003) verweist allerdings darauf, dass der Mittlere Osten und Nordafrika erheblich protektionistischer sind als andere Entwicklungs- und Schwellenländer, wenn man alle handelspolitischen Restriktionen betrachtet.

- Der Anstieg ausländischer Direktinvestitionen deutet darauf hin, dass sich die arabische Welt dem allgemeinen Trend einer Liberalisierung dieser Form von Kapitalimporten angeschlossen hat. Gleichwohl erwiesen sich die meisten arabischen Länder in der jüngsten Vergangenheit als erheblich weniger attraktiv für ausländische Direktinvestitionen als andere Entwicklungs- und Schwellenländer.

Tabelle 2 — Makro- und strukturpolitische Variablen in arabischen Ländern[a],1999–2002 im Vergleich zu 1980–1983[b] (Median)

	1980–1983		1999–2002	
Inflationsrate (%)	9,2	(12,5)	1,5	(4,4)
Konsumptive Staatsausgaben (% des BIP)	18,1	(14,6)	19,5	(13,5)
Investitionsquote (% des BIP)	26,3	(22,0)	18,5	(20,3)
Durchschnittl. Anzahl der Schuljahre[c]	2,9	(3,4)	5,5	(5,1)
Importquote (% des BIP)	39,2	(35,7)	34,5	(40,1)
Exportquote (% des BIP)	39,3	(24,9)	39,3	(30,5)
Zustrom ausl. Direktinvestitionen (% des BIP)	1,0	(0,5)	1,4	(2,6)
Bestand ausl. Direktinvestitionen[d] (% des BIP)	1,0	(4,9)	12,9	(30,0)

[a]In Klammern zum Vergleich: Median für andere Entwicklungs- und Schwellenländer. Die Anzahl der Beobachtungen, die für arabische Länder verfügbar sind, variiert von 10 (für den Zustrom von Direktinvestitionen) bis 18 (für den Bestand von Direktinvestitionen). — [b]Periodendurchschnitt, wenn nicht anders angegeben. — [c]1980 bzw. 2000. — [d]1980 bzw. 2002.

Quelle: *World Bank* (2004); *Barro* und *Lee* (2002); *UNCTAD* (2003).

Vor diesem Hintergrund mag es nahe liegen, es vor allem der unzureichenden Integration der arabischen Welt in den Welthandel (abgesehen vom Ölsektor) und in den Markt für internationales Risikokapital zuzuschreiben, wenn stärkere Wachstumseffekte trotz wirtschaftspolitischer Reformen ausgeblieben . Es ist jedoch zu berücksichtigen, dass eine Gruppenbetrachtung wie in Tabelle 2 signifikante Unterschiede in der Reformbereitschaft innerhalb der arabischen Welt verdeckt. Obwohl partielle Reformen selbst für die Vorreiter kennzeichnend , stuft die Weltbank die Intensität, Rechtzeitigkeit und Dauerhaftigkeit von Reformen zwischen

[7] Diese Auffassung findet sich z.B. bei *Hoekman* und *Messerlin* (2002).
[8] Da dies zumeist auch für die anderen Entwicklungs- und Schwellenländer gilt, ist es kaum zu überprüfen, ob eine vollständige Implementierung des Washington Konsens stärkere Wachstumseffekte hätte. Vgl. zum Folgenden auch *Nunnenkamp* (2004).

den arabischen Staaten deutlich ab (*World Bank* 2003, S. 96 ff.). Die unterschiedliche Reformbereitschaft ist aber nur teilweise mit den in Tabelle 1 wiedergegebenen Divergenzen in der Entwicklung des Pro-Kopf Einkommens in Einklang zu bringen.

Zwar ergibt sich für einige Länder ein stimmiges Bild, wenn man die Wachstumsperformance und die jeweilige Reformbereitschaft gegenüberstellt. Dies gilt insbesondere für Saudi Arabien, das wirtschaftlich besonders stark zurückgefallen ist. Dort sind wirtschaftspolitische Reformen bis 1999 aufgeschoben worden, und selbst dann wurden nur zögerliche Korrekturen vorgenommen. Hierzu passt es auch, dass Saudi Arabien bei einer länderspezifischen Betrachtung makro- und strukturpolitischer Variablen mit Ausnahme der Inflationsrate schlechter abschneidet als die meisten Entwicklungs- und Schwellenländer (*Nunnenkamp* 2004, S. 11). Mehrere kleinere Mitgliedsstaaten des *Gulf Cooperation Council (GCC)* sind allerdings ähnlich weit zurückgefallen, obwohl die Weltbank zum Beispiel den Vereinigten Arabischen Emiraten zugute hält, im Vergleich zu Saudi Arabien eine erfolgreichere wirtschaftliche Diversifizierung eingeleitet zu haben. Generell attestiert die Weltbank den GCC-Staaten (neben den bereits erwähnten: Bahrain, Kuwait, Oman und Katar), seit langem auf ein offenes Außenhandelssystem und freie Kapitalbewegungen gesetzt zu haben. Dies relativiert die oben erwähnte Auffassung, wonach die enttäuschende wirtschaftliche Performance arabischer Staaten insbesondere dadurch verursacht worden ist, dass sie sich von den Weltmärkten abgeschottet haben.

Abgesehen von den GCC-Staaten klassifiziert die Weltbank einige an Ressourcen reiche Länder als *"later, more gradual, sporadic reformers".* Einige an Ressourcen vergleichsweise arme Länder werden dagegen als *"early, intensive and steady reformers"* bezeichnet. Zur ersten Kategorie werden Algerien, Syrien und der Jemen gezählt. Zu dieser Einschätzung passt es, dass das Pro-Kopf Einkommen in Algerien und Syrien nur langsam gewachsen ist. Dem Jemen ist es dagegen trotz dieses Urteils gelungen, wirtschaftlich zumindest etwas aufzuholen. Letzteres trifft auch für Ägypten zu, obwohl die Wirtschaftsreformen dort als sporadisch und zögerlicher eingeschätzt werden als in Tunesien und Marokko, die laut Weltbank als Reformvorreiter in der arabischen Welt gelten können. Ägypten konnte seit Mitte der neunziger Jahre deutliche Erfolge bei der Inflationsbekämpfung erzielen, und der Staatskonsum wurde auf ein –an arabischen Standards gemessen- sehr niedriges Niveau [9]. Angesichts einer stark geschrumpften Investitionsquote, einer schwachen Exportdynamik, vergleichsweise hoher Importzölle und eines in jüngster Vergangenheit geringen Zustroms ausländischer Direktinvestitionen kann man jedoch bezweifeln, dass die positive Entwicklung des Pro-Kopf Einkommens von Dauer sein wird.

Auch für die Länder, die von der Weltbank als *„early, intensive and steady reformers“* hervorgehoben werden, erweist sich der Zusammenhang zwischen Reformen und Wachstumsperformance als ambivalent. Selbst für Tunesien, dessen relativ hohes Einkommenswachstum mit der positiven Beurteilung der nationalen Wirtschaftspolitik in Einklang steht, kann man einschränkend darauf verweisen, dass dieses Land (zusammen mit Marokko) nach Angaben der Welthandelsorganisation WTO von den arabischen Untersuchungsländern bis 2002 die weitaus höchsten Zollsätze beibehalten hat. Marokko steht trotz der gelobten Abfolge weit reichender Reformen

[9] Diese Angaben beruhen auf *World Bank* (2004).

bezüglich der Entwicklung des Pro-Kopf Einkommens nicht besser da als Syrien mit seinen als graduell und sporadisch bewerteten Reformen. Jordanien ist sogar stärker zurückgefallen als die Nachbarländer Syrien und Libanon, obwohl Jordanien frühzeitig gesamtwirtschaftliche Stabilisierungsmaßnahmen ergriffen und strukturpolitische Reformen eingeleitet hat und die Weltbank eine gestärkte Reformbereitschaft Jordaniens nach der ersten Golfkrise 1991/92 konstatiert.

Vor allem im Sudan dürften wirtschaftspolitische Reformen wenig dazu beigetragen haben, dass dieses Land in Tabelle 1 an der Spitze des Einkommenswachstums rangiert. Zwar ist seit 1998 ein hoher Zustrom ausländischer Direktinvestitionen und ein damit einhergehender Anstieg der Exportquote zu beobachten. Dies dürfte in erster Linie der Ausbeutung von Ölfunden zuzuschreiben sein. Gleichzeitig deuten mehrere wirtschaftspolitisch gestaltbare Variablen auf erhebliche Wachstumsbarrieren hin. In diesem Kontext sind vor allem die weit unterdurchschnittliche Investitionsquote von weniger als 14 Prozent (in 1999-2002) sowie die extrem kurze Dauer der Schulbildung von durchschnittlich kaum mehr als zwei Jahren (2000) zu nennen. Die Anreize für Investoren und private Haushalte, Sach- und Humankapital zu akkumulieren, werden durch den andauernden Bürgerkrieg nachhaltig geschwächt.

Als Zwischenfazit lässt sich feststellen, dass aus mehreren Gründen kein stringenter Zusammenhang zwischen wirtschaftspolitischen Reformen und dem Wachstum des Pro-Kopf Einkommens in der arabischen Welt existiert. Die zumeist fragmentarische Natur von Reformprogrammen bietet ohne Zweifel einen denkbaren Erklärungsansatz. Aber selbst umfassendere Reformen können wegen exogener Schocks wie im Fall Jordaniens weniger wirksam bleiben als erhofft. Auf der anderen Seite scheinen positive Schocks wie die Ölfunde im Sudan die ansonsten wachstumshemmenden Rahmenbedingungen zumindest zeitweilig kompensiert zu haben.

Es kommt hinzu, dass die Wirksamkeit konkreter Reformmaßnahmen von Land zu Land unterschiedlich ausfallen kann. Dies gilt zum Beispiel für die im Washington Konsens enthaltene pauschale Forderung, sich gegenüber ausländischen Direktinvestitionen zu . Empirische Studien verweisen darauf, dass positive Wachstumseffekte von Direktinvestitionen sich weitgehend auf relativ fortgeschrittene Gastländer beschränken. Dort wo es an komplementären lokalen Produktionsfaktoren (wie hinreichend qualifizierten Arbeitskräften) mangelt und die ausländischen Investoren in Enklaven ohne Verknüpfung mit der Wirtschaft des Gastlandes operieren, sind von Direktinvestitionen hingegen bestenfalls schwache Wachstumsimpulse zu erwarten. Somit ist es höchst fraglich, ob zum Beispiel der Sudan aus dem Engagement ausländischer Investoren im Ölsektor dauerhaften Nutzen ziehen kann – selbst wenn der Bürgerkrieg beendet wird.

Ein weiterer Grund für den nur losen Zusammenhang zwischen wirtschaftspolitischen Reformen nach dem Muster des Washington Konsens und der Wachstumsperformance, der im nächsten Abschnitt genauer untersucht werden soll, liegt möglicherweise darin , dass die traditionellen Stabilisierungs- und Strukturanpassungsprogramme zu kurz greifen und tiefer liegende Wachstumsbarrieren lange Zeit außer Acht gelassen worden sind. In den letzten Jahren ist in der Literatur zunehmend die Auffassung vertreten worden, dass die

[10] Vgl. zum Folgenden ausführlicher *Nunnenkamp* und *Spatz* (2005).

internationalen Einkommens- und Wachstumsdivergenzen in erster Linie auf unterschiedlichen institutionellen Grundvoraussetzungen beruhen. Autoren wie *Rodrik* und *Subramanian* (2003) folgern aus dem konstatierten Primat effizienter Institutionen, dass wirtschaftspolitische Reformen, die sich darauf beschränken, dem Washington Konsens Rechnung zu tragen, häufig wirkungslos verpuffen.

IV. Institutionelle Defizite

Um zu untersuchen, ob die Wachstumsschwäche der meisten arabischen Staaten durch institutionelle Defizite verursacht sein könnte, wird auf die umfangreiche Datenbasis von *Kaufmann et al.* (2003) zurückgegriffen. Diese Autoren präsentieren sechs institutionelle Einzelindikatoren für eine Vielzahl von Ländern, einschließlich aller hier betrachteter arabischer Staaten. Die Indikatoren beziehen sich auf: politische Teilhabe- und Mitsprachemöglichkeiten, die politische Stabilität der Länder, die Effektivität der Regierungsführung, die Qualität der Bürokratie, die Geltung von Recht und Gesetz sowie die Kontrolle der Korruption. Die Indikatorwerte reichen von 2,5 bis minus 2,5, wobei höhere Werte auf bessere institutionelle Grundlagen verweisen.

Auf den ersten Blick findet sich nicht bestätigt, dass die Gruppe von 18 arabischen Ländern im Vergleich zu den anderen Entwicklungs- und Schwellenländern durch schlechter entwickelte Institutionen gekennzeichnet ist. Wenn man den Durchschnitt aller sechs Indikatoren betrachtet, schneiden die arabischen Länder sogar etwas besser ab (Tabelle 3). Signifikante Defizite gegenüber der Vergleichsgruppe zeigen sich lediglich im Bereich politischer Teilhabe- und Mitspracherechte. Demgegenüber ergeben sich für die arabische Ländergruppe in den Bereichen Recht und Gesetz sowie Korruptionsbekämpfung überraschenderweise deutlich bessere .

Der Vergleich der Medianwerte für die arabische Welt und die anderen Entwicklungs- und Schwellenländer verdeckt aber die große Varianz in der institutionellen Entwicklung einzelner arabischer Staaten. Die Indikatorwerte für die drei am schlechtesten bewerteten arabischen Länder liegen sämtlich im stark negativen Bereich, während die Spitzengruppe durchweg um mindestens zwei Punkte besser eingeschätzt wird. Die verschiedenen Ausprägungen institutioneller Defizite treten zudem in einigen Ländern gebündelt auf. Abgesehen vom Irak, der im Hinblick auf die institutionelle Entwicklung (auf das Jahr 2002 bezogen) eindeutig das Schlusslicht bildet, taucht auch der Sudan bei allen sechs Einzelindikatoren in der am schlechtesten bewerteten Dreiergruppe auf. Für Libyen trifft dies immerhin noch für vier Einzelindikatoren zu. Die Spitzengruppe der arabischen Länder mit den am weitesten entwickelten Institutionen setzt sich (mit Ausnahme der politischen Teilhabe- und Mitspracherechte, die in Jordanien und Marokko am stärksten ausgeprägt sind) durchgängig aus den kleinen Golfanrainern .

---

[11] Aus dem Korruptionsindex von *Transparency International* (http://www.transparency.de/Tabellarisches_Ranking.542.98.html) resultiert für 2004 ein ähnliches Muster. Der Median der Indexwerte für die hier betrachteten arabischen Länder (3,4 von 10 möglichen Punkten) hebt sich positiv von dem Vergleichswert für alle anderen Entwicklungs-, Schwellen- und Transformationsländer ab (2,9).

[12] Zwischenzeitlich galt die institutionelle Entwicklung Tunesiens als die in der arabischen Welt am weitesten fortgeschrittene. In den Angaben von *Kaufmann et al.* (2003) für das Jahr 2002 ist Tunesien aber in allen institutionellen Dimensionen im Vergleich zu 2000 zurückgestuft.

Tabelle 3 — Indikatoren zur institutionellen Entwicklung[a] arabischer Länder, 2002

	Median für 18 arabische Länder[b]		Durchschnitt für die 3 am besten bewerteten Länder	Durchschnitt für die 3 am schlechtesten bewerteten Länder
Politische Teilhabe	–0,79	(–0,05)	–0,33	–1,84
Politische Stabilität	–0,14	(–0,01)	0,92	–1,74
Effektive Regierungsführung	–0,11	(–0,41)	0,77	–1,21
Bürokratie	–0,01	(–0,34)	0,85	–1,69
Recht und Gesetz	0,10	(–0,43)	0,90	–1,43
Korruption	–0,02	(–0,41)	1,09	–1,11
Durchschnitt aller Indikatoren	–0,07	(–0,26)	0,62	–1,43

[a]Spannbreite von 2,5 bis –2,5, wobei höhere Werte auf eine bessere institutionelle Entwicklung verweisen. — [b]In Klammern: Median für andere Entwicklungs- und Schwellenländer.

Quelle: *Kaufmann et al.* (2003).

Der Vergleich zwischen der arabischen Ländergruppe und allen anderen Entwicklungs- und Schwellenländern in Tabelle 3 ist in einer weiteren Hinsicht zu relativieren. Insbesondere die Mitglieder des *Gulf Cooperation Council* zeichnen sich durch ein weit überdurchschnittliches Pro-Kopf Einkommen aus. Weil der wirtschaftliche und der institutionelle Entwicklungsstand typischerweise stark korreliert sind, stünde zu erwarten, dass die Vereinigten Arabischen Emirate eine mit Spanien vergleichbare institutionelle Entwicklung aufweisen; Länder wie Bahrain und Kuwait sollten demnach in etwa den institutionellen Entwicklungsstand Südkoreas erreicht haben, Saudi Arabien sollte institutionell zumindest so weit wie Malaysia oder Polen entwickelt sein. Tatsächlich aber fallen die genannten arabischen Länder hinter die jeweiligen Vergleichsländer (zumeist recht deutlich) zurück (*Kaufmann et al.* 2003).

Um den institutionellen Entwicklungsstand in Relation zum Pro-Kopf Einkommen der jeweiligen Länder systematisch zu bewerten, bietet es sich an, das "Normalmuster" durch eine einfache Regression zwischen beiden Variablen im internationalen Querschnitt zu identifizieren. Die Tatsache, dass die meisten arabischen Staaten unterhalb dieser in Schaubild 1 skizzierten Regressionsgeraden liegen, impliziert also, dass die Institutionen in dieser Region zumeist weniger entwickelt sind als es angesichts des jeweiligen Durchschnittseinkommens zu erwarten .

[13] Der Irak und Libyen werden in Schaubild 1 nicht aufgeführt, weil es an vergleichbaren Daten zum Pro-Kopf Einkommen fehlt. Es kann aber angesichts der –wie erwähnt- besonders schlechten Bewertung der dortigen institutionellen Rahmenbedingungen als sicher gelten, dass auch diese beiden Länder hinter das Normalmuster zurückfallen.

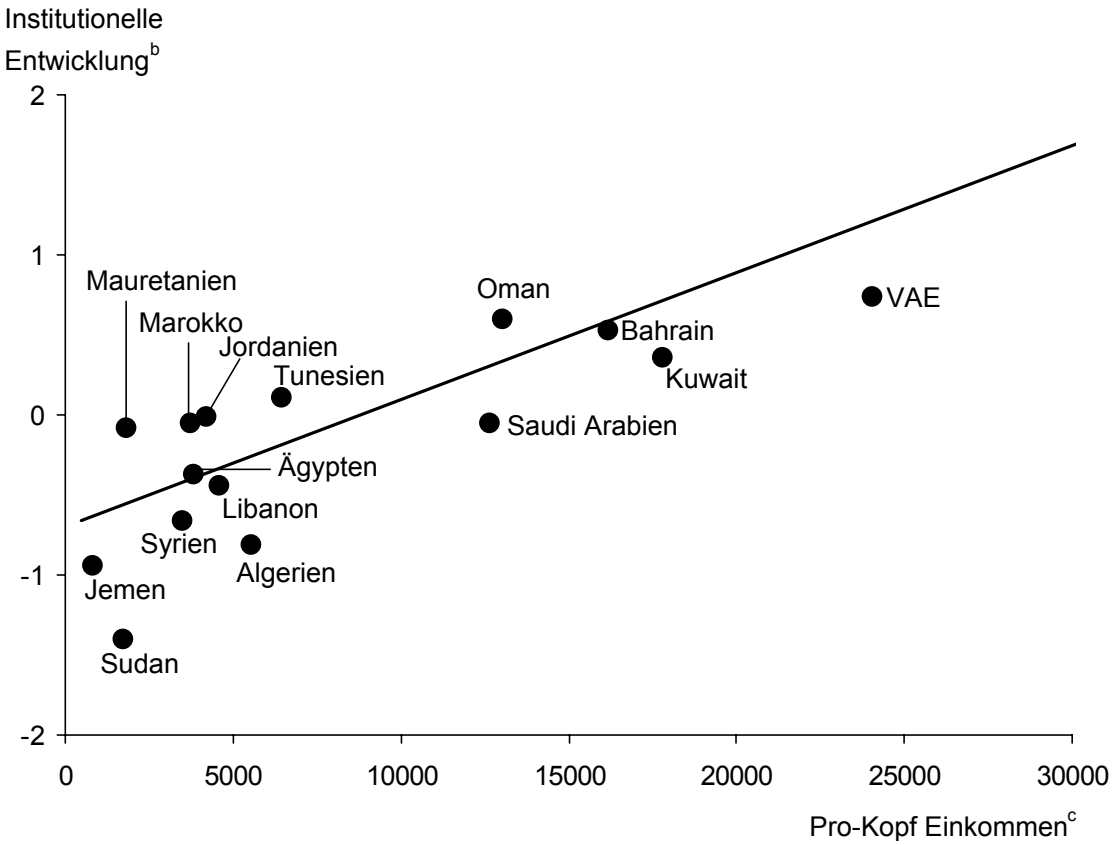
Letzteres gilt zuvorderst für die ölreichen Länder. Zugleich bilden Saudi Arabien, Kuwait, die Vereinigten Arabischen Emirate und Algerien die Schlusslichter beim Wirtschaftswachstum. Dieses Muster stützt die Auffassung, dass das Wirtschaftswachstum durch einen unzureichenden institutionellen Entwicklungsstand behindert wird. Die institutionellen Defizite vieler Ölländer bestärken darüber hinaus die These, dass Ressourcenreichtum sich häufig mehr als Fluch denn als Segen erweist. Autoren wie *Sala-i-Martin* und *Subramanian* (2003) begründen die so genannte *"natural resource curse"* damit, dass umfangreiche Ölvorkommen einen Wettbewerb um die daraus fließenden Renten bewirken und die Anreize für produktive Aktivitäten entsprechend geschwächt werden. Die mit dem *rent-seeking* einhergehende Korruption und politische Willkür untergräbt die Funktionsfähigkeit von Institutionen, die wiederum Voraussetzung für ein nachhaltiges Einkommenswachstum wäre. Diese Argumentation verstärkt die Zweifel daran, dass sich der wirtschaftliche Aufholprozess des Sudan im Zeitraum 1992-2002 als dauerhaft herausstellen wird. Schon jetzt ist dieses Land durch besonders markante institutionelle Defizite gekennzeichnet, selbst wenn man das weiterhin sehr niedrige Einkommensniveau berücksichtigt. Die Entdeckung von Ölvorkommen mag trotz des Bürgerkrieges einen temporären Wachstumsschub ausgelöst haben, könnte die institutionelle Fortentwicklung aber längerfristig erschweren.

Aus institutioneller Sicht bestehen unter jenen arabischen Ländern, deren Pro-Kopf Einkommen im Zeitraum 1992-2002 am schnellsten gewachsen ist, am ehesten für Tunesien gute Aussichten auf einen anhaltenden . Auch andere an natürlichen Ressourcen relativ arme arabische Staaten wie Jordanien und Marokko bieten gemäß Schaubild 1 bessere institutionelle Voraussetzungen für wirtschaftliches Wachstum als die meisten . Gleichzeitig verdeutlicht die im Zeitraum 1992-2002 enttäuschend schwache Wachstumsdynamik dieser beiden Länder, dass effizientere Institutionen keine Gewähr für Wachstumserfolge bieten. Ähnlich wie im vorherigen Abschnitt für die Bedeutung wirtschaftspolitischer Stabilisierungsmaßnahmen und Strukturreformen festgestellt, können auch vergleichbare institutionelle Rahmenbedingungen zumindest mittelfristig mit divergenten Entwicklungen des Pro-Kopf Einkommens einhergehen. Diese Einschränkung widerspricht aber nicht dem Primat funktionsfähiger Institutionen, der sich in der positiven Korrelation zwischen institutioneller Entwicklung und dem Zuwachs des Pro-Kopf Einkommens im Querschnitt aller Entwicklungs- und Schwellenländer widerspiegelt (*Nunnenkamp* 2004, S. 16).

Schaubild 1 — Institutionelle Entwicklung arabischer Staaten im Vergleich zum Normalmuster[a], 2002

[14] Dafür wäre allerdings Voraussetzung, dass die oben erwähnte Erosion der institutionellen Rahmenbedingungen gestoppt wird.

[15] Dies scheint auch für Mauretanien zuzutreffen. Es ist allerdings zu bedenken, dass Mauretanien erst nach 2000 institutionelle Fortschritte gemacht hat (insbesondere in den Bereichen der politischen Stabilität und der Korruptionskontrolle), die dazu geführt haben, dass das Land im Jahr 2002 besser als das Normalmuster abschneidet.



[a]Das Normalmuster bestimmt sich aus der Regressionsgeraden, die den statistischen Zusammenhang zwischen dem Pro-Kopf Einkommen und der institutionellen Entwicklung im Querschnitt aller Entwicklungs- und Industrieländer wiedergibt.— [b]Durchschnitt aller sechs im Text aufgeführten Indikatoren für 2002. — [c]US-$ in Kaufkraftparität für 2002.

Quelle: *Kaufmann et al.* (2003); *World Bank* (2004).

V. Schlussfolgerungen

Obwohl das Einkommenswachstum in Einzelfällen durch exogene Schocks gelitten haben mag, verbietet es sich, die enttäuschende wirtschaftliche Entwicklung der arabischen Welt seit den frühen neunziger Jahren Einflüssen anzulasten, die von den nationalen Entscheidungsträgern nicht zu steuern waren. Die Hauptverantwortung für Wachstumsunterschiede ist vielmehr in den arabischen Ländern selbst zu suchen. Wie in vielen anderen Entwicklungs- und Schwellenländern ist das Programm des so genannten Washington Konsens auch in der arabischen Welt nur teilweise umgesetzt worden. Gleichwohl zeigt sich innerhalb dieser Ländergruppe eine erhebliche Varianz hinsichtlich der Intensität von Reformanstrengungen.

Es mag nahe liegen, aus diesen Erkenntnissen abzuleiten, dass die Wirtschaftsreformen vertieft und beschleunigt werden müssen, um nachhaltige Wachstumserfolge in den arabischen Staaten zu erzielen. Diese Forderung zieht sich

insbesondere durch die Analysen von Weltbank und . Ihre Berechtigung ergibt sich daraus, dass ein Land wie Saudi Arabien, das Reformen erst spät und nur bruchstückhaft in Angriff genommen hat, wirtschaftlich besonders stark zurückgefallen ist. Im Gegensatz zu dem zum Beispiel von *Abed* (2003, S. 12) behaupteten strikten Zusammenhang zwischen Reformen und Wachstum ist die unterschiedliche Bereitschaft, den Washington Konsens zu befolgen, nach der hier vorgelegten Analyse jedoch nur teilweise mit der divergierenden Entwicklung des Pro-Kopf Einkommens in Einklang zu bringen. Es empfiehlt sich deshalb, die Gründe dafür, dass Stabilisierungsmaßnahmen und Strukturanpassungsprogramme häufig weniger wirksam als erhofft waren, ins Kalkül zu ziehen, statt durch vereinfachende Ratschläge falsche Hoffnungen zu wecken.

Positive Wachstumseffekte können nicht nur ausbleiben, weil es den wirtschaftspolitischen Reformen an der notwendigen Breite und Tiefe mangelt, sondern auch weil sich die Wirksamkeit spezifischer Reformen von Land zu Land unterscheidet. So verkennt der den Entwicklungsländern oft pauschal erteilte Rat, sich gegenüber ausländischen Direktinvestitionen zu öffnen, dass es vielen ärmeren Ländern an komplementären lokalen Produktionsfaktoren mangelt, um gesamtwirtschaftlichen Nutzen aus Direktinvestitionen ziehen zu können. Allenfalls schwache Wachstumsimpulse sind auch für solche arabischen Länder zu erwarten, die denen rohstofforientierte Direktinvestitionen von der heimischen Wirtschaft weitgehend isoliert sind. Vor diesem Hintergrund ist es geboten, wirtschaftspolitische Reformprogramme an den landesspezifischen Ausgangsbedingungen auszurichten, statt Standardrezepte unkritisch zu befolgen.

Ferner ist in Betracht zu ziehen, dass wirtschaftspolitische Fehlentwicklungen sowie eine mangelnde Reformbereitschaft häufig lediglich das Symptom tiefer liegender Wachstumshemmnisse darstellen, die die Anreizstruktur der wirtschaftlichen Akteure verzerren. Es ist auffällig, dass die institutionellen Grundvoraussetzungen für nachhaltiges Wachstum vor allem in den arabischen Ländern mit großen Ölvorhaben schwächer ausgebildet sind, als es ihr Einkommensniveau erwarten ließe. Der Reichtum an Öl scheint sich oft mehr als Fluch denn als Segen erwiesen zu haben, weil produktive Aktivitäten hinter den Wettbewerb um Renten zurückgetreten sind und politische Willkür und Korruption der Entwicklung funktionsfähiger Institutionen im Wege standen, die wiederum Bedingung für ein nachhaltiges Einkommenswachstum wären.

Länder wie Algerien, Saudi Arabien und der Sudan stehen deshalb vor weit größeren politischen Herausforderungen, als den Washington Konsens umzusetzen, um einen dauerhaften wirtschaftlichen Aufholprozess zu bewirken. Institutionelle Reformen sind hierfür unabdingbar. Andererseits scheinen diese in den Ölländern besonders schwierig durchzusetzen zu sein. Es ist leichter gesagt als getan, den Teufelskreis zwischen unzureichender wirtschaftlicher Diversifizierung und verzerrten Anreizstrukturen zu durchbrechen. Unmöglich ist es aber nicht, wie das Beispiel Mexikos zeigt, ein ehemals stark ölabhängiges Land, das die Transformation zu einer diversifizierten Volkswirtschaft mit besser entwickelten Institutionen erfolgreich gemeistert hat.

[16] Vgl. *World Bank* (2003). *Abed* (2003, S. 12), der IWF-Direktor für den Mittleren Osten, beklagt, dass die Reformen nicht die erforderliche kritische Masse erreicht haben, um wachstumswirksam zu werden.

Literaturverzeichnis

Abed, George T. (2003), Unfulfilled Promise: Why the Middle East and North African Region Has Lagged in Growth and Globalization, Finance and Development, Vol. 40, Nr. 1, S. 10–14.

Barro, Robert J. und *Jong-Wha Lee* (2002), International Data on Educational Attainment, online: http://www.worldbank.org/research/growth/ddbarle2.htm.

Easterly, William R. (2001), The Elusive Quest for Growth: Economists' Adventures and Misadventures in the Tropics, Cambridge, Mass.

Eken, Sena, David A. Robalino und *George Schieber* (2003), Living Better: Improving Human Development Indicators in MENA Will Require Different Approaches to Health, Education and Social Protection, Finance and Development, Vol. 40, Nr. 1, S. 15–17.

Fujita, Masahisa, Paul R. Krugman und *Anthony J. Venables* (1999), The Spatial Economy: Cities, Regions, and International Trade, Cambridge, Mass.

Hoekman, Bernard M. und *Patrick A. Messerlin* (2002), Harnessing Trade for Development and Growth in the Middle East: Report by the Council on Foreign Relations, Study Group on Middle East Trade Options, New York.

Hoekman, Bernard M. und *Jamel E. Zarrouk* (2000), Catching Up with the Competition: Trade Opportunities and Challenges for Arab Countries, Ann Arbor.

Kaufmann, Daniel, Aart Kraay und *Massimo Mastruzzi* (2003), Governance Matters III: Governance Indicators for 1996-2002, World Bank, Policy Research Working Paper 3106, Washington, D.C., online: http://www.worldbank.org/wbi/governance/govdata2002.

Nunnenkamp, Peter (2004), Why Economic Growth Has Been Weak in Arab Countries: The Role of Exogenous Shocks, Economic Policy Failure and Institutional Deficiencies, Institut für Weltwirtschaft, Kieler Diskussionsbeiträge 409, Kiel.

Nunnenkamp, Peter und *Julius Spatz* (2005), Foreign Direct Investment and Economic Growth in Developing Countries: How Relevant Are Host-country and Industry Characteristics? Transnational Corporations, im Druck.

Rodrik, Dani und *Arvind Subramanian* (2003), The Primacy of Institutions (and What This Does and Does Not Mean), Finance and Development, Vol. 40, Nr. 2, S. 31–34.

Sala-i-Martin, Xavier und *Arvind Subramanian* (2003), Addressing the Natural Resource Curse: An Illustration from Nigeria, International Monetary Fund, IMF Working Paper WP/03/139, Washington, D.C.

Stiglitz, Joseph E. (2002), Globalization and Its Discontents, London.

UNCTAD (2003), World Investment Report 2003, United Nations, New York.

Williamson, John (1990), What Washington Means by Policy Reform, in: John Williamson (Hrsg.), Latin American Adjustment: How Much Has Happened? Washington, D.C., S. 7–35.

World Bank (2004), World Development Indicators, CD-ROM 2004, Washington, D.C.

World Bank (2003), Trade, Investment, and Development in the Middle East and North Africa: Engaging with the World, MENA Development Report, Washington, D.C.